

Für Halle vierteljährlich bei postmässiger Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., anschl. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Bezugsstellen angenommen.

Saale-Zeitung.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise aber bezugnehmend auf 30 Zeilen, welche aus jeder mit 20 H. berechnet und in der Geschäftsstelle, Or. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Kleinanzeigen die Seite 75 Pf.

Nr. 35.

Halle a. S., Mittwoch, den 22. Januar

1908.

Frankreich und die Trennung von Kirche und Staat.

Von Professor A. Debbour,

Inspecteur Général Honoraire de l'Instruction Publique in Paris.

I.

Bis in die letzten Jahre hinein hatte der französische Staat gegenüber der protestantischen, der israelitischen und in ganz besonderer Weise gegenüber der katholischen Religion, der in diesem Lande der überwiegend grösste Teil der Bevölkerung angehört, Pflichten, die ihn verfassungsrechtlich zu ihrem Schutz machten. Der Staat hat sich durch das für immer berühmte Gesetz vom 9. Dezember 1805 davon befreit und sich für die Zukunft nur verpflichtet, allen Bürgern die Freiheit des Kultus zu gewährleisten. Das große Ereignis hat sich ohne erste Bemerkungen vollzogen, und das neue Regime wird, wie es scheint, in völliger Ruhe wirksam sein, entgegen den düsteren Prophezeiungen jener, die nichts davon wissen wollten, und selbst entgegen den Befürchtungen der anderen, die es von Herzen herbeiwünschten. Wenn man es für natürlich halten konnte, daß dem so war, was den protestantischen Kultus und den Judentum betrifft, die in Frankreich nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl Gläubige haben, und denen übrigens weder aus Grundbills noch aus nach der Ueberlieferung die Trennung zuwider war, überalteste es nicht wenige Leute, daß der Katholizismus — seit so langer Zeit gewohnt, in Frankreich in Gelehr und Sitten zu herrschen und seine Interessen und die des Staates für ein und dasselbe zu halten — nicht imstande war, bei dieser Gelegenheit das Volk aufzuwecken, und daß kein Religionskrieg daraus hervorging. Die Erklärung dafür läßt sich jedoch recht leicht geben, und ich gab sie selbst im voraus und in den Einzelheiten, als ich meine beiden Werke, das eine vor, das andere unmittelbar nach der Trennung, veröffentlichte. „Histoire des rapports de l'Eglise et de l'Etat en France de 1789 à 1870“ (Paris, Alcan, 1898) und „L'Eglise catholique et l'Etat sous la troisième République“ (Paris, Alcan, 1906). Ich bitte den Leser, hier diese Erklärung in recht wenig Worten auseinanderzusetzen zu dürfen.

Zunächst muß bemerkt werden, daß sich die französische Nation schon seit langem für keinen religiösen Gedanken mehr ereifert, vorausgesetzt, daß man sie nicht in ihren Kultusangelegenheiten stört. Die große, katholisch genannte Masse, aus der sich das französische Volk zusammensetzt, kann nicht mehr wie in manchen früheren Epochen fanatisiert werden; sie greift nicht mehr unter dem Rufe „Dieu le veut!“ zu den Waffen. Nimmt man eine verschwindende Minderheit von Gläubigen aus, die mit der Geistigen Schrift und der Kirchengeschichte vertraut sind und sich besser auf das Beten als auf das Kämpfen verstehen, dann setzt sich die katholische Masse zusammen: erstens aus einer Geburts- und Gedemokratie, die im Inneren für die Religion recht gleichgültig gefimmt ist und nur nach außen hin so tut, als wäre sie ihr, um sich in Wahrheit ihrer zu bedienen, die aber die Furcht der Religion nur aufplauscht, um die Menge mit sich fortzuführen und dank ihrer Hilfe die verlorenen Privilegien wiederzuerobern; zweitens aus dieser Menge selbst, d. h. aus mehr als sechshundert Millionen Franzosen, die um so weniger für die Kirche arbeiten wollen, als ein Viertel von ihnen freidenker geworden ist und die drei anderen Viertel, die sich nie die Mühe gegeben haben, in Dingen des Dogmas nachzudenken, in der Religion nur eine Gesamtheit materieller Bedürfnisse sehen, die in unseren Tagen auf das Mindestmaß beschränkt sind: Tausch, erste Kommunikation, Heirat und Beerdigung. Diese vier Ceremonien mit ihrem formenreichen Schaugepränge bedeuten in den Augen der großen Mehrheit der französischen Katholiken alles, was als gut und wohlstandbringend von Religion im Leben praktisch anzuwenden ist. Die anderen, die vor Masse und Weichte gehen, sind auf dem Lande und vor allem in den Städten, nur eine verschwindende Minderheit; auch gehen sie im allgemeinen nur aus Gewohnheit und Beachtung der Mitmenschen hin. Was den Priester anlangt, so bekennt man sich seiner, weil er für diese ganz äußerliche Ausübung des christlichen Kultus nötig ist. Für jede andere Verwendung aber ist er eher den Volkswahlen verdächtig; sie entfernen sich von ihm und nehmen gewöhnlich seine soziale oder politische Führung nicht an, ausgenommen in einigen entlegenen Winkeln, wie in der Bretagne, wo der Bauer ihm noch gehorcht.

Es genügt demnach bei der Trennung von Kirche und Staat, das das Gesetz nicht an diese Materialität des Kultus rührte, die in den Augen der Menge der ganze Katholizismus ist, daß das Gesetz nach dieser Richtung die Menge gewahren ließ. Im Sinne von Agitatoren, die ein Interesse daran hatten, die Furcht zu erwecken, man wolle den Gläu-

\*) Obiger Artikel, der uns von der Zeitschrift „Aktuelle“ in der Zeitung“ zu Verfügung gestellt worden ist, bringt einen höchst interessanten Beitrag zur französischen Trennungsfrage und dürfte unseren Lesern gewiß willkommen sein.

bigen in ihren Kirchengebräuchen Gewalt antun, erhob die Menge ganz zuerst einiges Gekröse und begann an einigen Orten Unruhen. Sobald aber der Staat durch seine Haltung bewies, daß diese Befürchtungen schlecht begründet waren, kehrte das Volk überall zur Ordnung zurück und war fortan für jede Hehelei unempfindlich.

Wenn sich übrigens die Trennung von Kirche und Staat ohne Störung vollzog, so geschah dies nicht nur aus dem einzigen Grunde, daß diese Trennung völlig mit dem Fortbestehen des katholischen Kultus zu vereinbaren ist, wie das französische Volk ihn heute ausübt; sie vollzog sich vielmehr auch, weil sie aus der Macht der Geschicknisse hervorging, weil sie eine unumgängliche Folge unserer Geschichte war. Man kann sagen, daß selbst das „ancien régime“ die Trennung, ohne es zu wissen und zu wollen, während mehrerer Jahrhunderte durch seinen unaufhörlichen und in der Hauptsache glücklichen Kampf gegen die römische Theokratie vorbereitet hatte.

Die Trennung leitete sich aber vor allen Dingen und mit greifbarer Deutlichkeit von den Prinzipien des Jahres 1789 her (gleiche Freiheit für jeden Kultus, Unabhängigkeit des Laienstandes von der Kirche, nationale Souveränität usw.); diese Prinzipien erlaubten folgerichtig keiner weltlichen Regierung, insbesondere keiner republikanischen, sich weiter mit einer Kirche zu solidarisieren, die sich aus der Unabhängigkeit eine Pflicht macht und behauptet, ihre Autorität auf der Erde unterstünde der der Kurie. Und doch — zwar langsam, aber nicht zu bezweifeln — hatte die durch Beharrlichkeit der Sitten und Gebräuche an die katholische Kirche gekettete französische Nation selbst nach Ausbruch der großen Revolution keine Eile, polstlich mit der Kirche zu brechen. Alles in allem tat sie es nur wider Willen und weil besagte Kirche den Bruch für die Nation durch langen und systematischen Widerstand gegen deren freie Einrichtungen nötig machte.

Im Jahre 1789 denkt Frankreich noch nicht daran, sich von der Kirche zu trennen; es müht sich vielmehr etwas später, durch die übel angebrachte „Zivilisationierung des Klerus“ die Bande, die das Land an die Kirche geknüpft hat, wieder zu zerschneiden. Erst als die widerwärtigen Priester die Republik zum äußersten treiben, indem sie zum Bürgerkrieg und das Ausland zum Krieg mit Frankreich unterstülzen, unterdrückt der Konvent das Kultusbudget und unterstellt zum erstenmal die Kirche dem Gemeinrecht. Das vom Konvent eingeführte Regime dauert übrigens nur wenige Jahre. Bald kommt der Erste Konjunktionsminister, der Frankreich mit dem Konstantinopel befreit, in der dimidierten Hoffnung, die Kirche sich so dienbar zu machen; und Frankreich läßt es ohne den geringsten Widerstand geschehen. Von da an wagt die Kirche von neuem darauf hin, sich die weltliche Macht gefällig zu machen. Es gelingt ihr teilweise unter der Restauration. Die Kongregationen tauchen wieder auf und vermehren sich. Ihre, der Bischöfe und des Papstes Fortschritte in Frankreich verlangen sich etwas unter der Julimonarchie, verstärken sich aber merkwürdig unter dem zweiten Kaiserreich, das seine Gründe hat, sich der Geistlichkeit gefällig zu zeigen, und machen selbst unter der dritten Republik nicht halt, die für die Kirche lange nur unendliche Schonung kennt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Zum Geburtstag des Kaisers werden u. a. die Großherzöge von Baden, Belgien, Wälder und Traugott, Dänemark und Sachsen in Berlin eintrafen. — Der Fürst Friedrich zu Waldeck vollendete am 20. dieses Monats das 43. Lebensjahr.

Die Schlussabstimmung in Kassel.

Über den letzten Teil der außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Stotenervereins in Kassel meldet die „Köln. Ztg.“ ausführlich folgendes: „Als Vorschlag kamen drei Vorschläge zur Beratung. Ein Antrag des Verbandes Elbst-Bohringen wies die Normierung gegen das Präsidium zurück und sprach ihm Dank aus. Dieser Antrag kam nicht weiter in Betracht. Den zweiten Antrag hatten die Thüringer Verbände gestellt. Er lautet: „In der Ueberzeugung, daß das gesamte Präsidium, an der Spitze des Durchlauchtigen Fürsten von Salzuflen, getreu den Bestrebungen des Stotenervereins zu bewahren demüthigt ist, spricht die Versammlung dem Präsidium dafür ihren Dank und ihr vollstes Vertrauen aus.“ Zu diesem Antrage erklärte Admiral Thomsen, daß sich das Präsidium ihm anschließe. Ein dritter Antrag von Exzellenz Hamann, Steller und Genossen ist ein Kompromißantrag; er will dem Präsidium Dank für seinen hochherzigen Entschluß und seine großen Verdienste aussprechen. Dieser dritte Antrag ließ den Weg für eine Einigung offen. Die Stimmung der Mehrheit war offenbar für den zweiten Antrag der Thüringer, und die Annahme dieses Antrages bedeutete eine in ihren Folgen unabweisbare Entscheidung. Die ohnehin schon große Anwesenheit in Saale und den dicht gefüllten Galerien wuchs von Minute zu Minute. Nur mit großer Mühe kann sich der Redner der Bayern, Staatsanwalt Tröstlich-Augsburg, verständlich machen. Die Gruppe der Bayern hat sich erhoben und bildet im Vorderen gegen den Präsidiumstisch einen geschlossenen Heerhaufen. Staatsanwalt Tröstlich spricht in die erregte Menge: „Der erste Moment ist gekommen. Ich bin beauftragt, zu erklären, daß mit der Annahme dieses Antrages für uns Bayern in Stotenerverein ein weiteres Verbleiben nicht mehr ist. Der Ehren hat sich diesem Antrag gegen die Person...“ Ein ohrenbetäubender Lärm bricht los; alles schreit, gestikuliert, ruft; die Glocke des Präsidenten tönt nur wie leises Wimmern durch den gewaltigen Lärm. Exzellenz Hamann spricht für seinen Antrag, auch jene Worte bringen kaum über eine kleine Korona hinaus. Immer enger zieht sich die Kette; alles drängt gegen den Präsidiumstisch. In der Bayerngruppe sind zwei Uniformen bemerkbar, ein Infanterie- und ein Kavallerieoffizier, die beiden einzigen Militärs in Uniform. In diesem Ring von erregten Bayern ruft der Führer der Bayern, v. Spies: „Wir wollen den Frieden haben. Gönnen wir uns noch die paar Minuten. Die Differenzen sind nicht mehr so groß, aber der Antrag Thüringer können wir nicht annehmen. Gönnen Sie uns die Zeit, suchen Sie nach einer Form, die uns die Einigung ermöglicht.“ Der Vorsitzende ließ abstimmen. Der Antrag der Thüringer Verbände wurde angenommen, allerdings mit einer Mehrheit, die erst zweifelsfrei schien, aber sie war da. Jetzt hat Exzellenz v. Würzburg, den Antrag Hamann noch begründen zu lassen. Dieser Antrag, aus der Stunde geboren, heißt schnell viele Anhänger gefunden, aber es war zu spät. Der Antrag wurde noch einmal verlesen. Er lautet dahin, daß dem Präsidium für seinen hochherzigen patriotischen Entschluß das höchst dank und ferner warme Anerkennung auszusprechen sei. Lebhafte Beifallrufe der Mehrheit leuchten diesen Kompromiß ab, alle Redeführer von Exzellenz Hamann verlas. Als der Fürst Salzuflen im Namen des Präsidiums erklärte, daß der Antrag Hamann für das Präsidium wertlos sei, verließen die Bayern den Saal. Für den Antrag Hamann erhoben die Hände nur wenige; von der Haupttribüne des Saales ertönten von den abziehenden Bayern die Rufe: „Wir sind nicht mehr da!“

Zu den Verhandlungen des Stotenervereins bemerkt die „Kreuzzeitg.“: „Der Kaiser Tag hat doch infolgedessen einen Sieg der besseren Einigkeit gebracht, als das Präsidium sein Amt niedergelegt hat. Zwar haben die bayerischen Delegierten nach der Annahme des Vertrauensvotums für das bisherige Präsidium den Saal verlassen. Aber es steht doch immer noch zu hoffen, daß ein endgültiges Ausschneiden des bayerischen Landesverbandes aus dem Gesamtverein vermieden werden kann. Bis zur Hauptversammlung in Danzig wird ein provisorischer Vorstand die Geschäfte führen und hoffentlich die Gemüter zu beruhigen. Wenn dann der Vorschlag des Majors Poppeus durchdringt, den Fürsten Hagfeldt, den Geheimen Justizrat Krause und den General Menges in das Präsidium zu wählen — alle drei sind Anhänger mittelparteilicher, aber nicht kulturkämpferischer Richtungen — so wird sich wohl der Ruf wieder schließen. Aber allerdings: die radikalen Elemente, die den Stotenerverein nicht für, sondern gegen die wolleste letzten Absichten der verantwortlichen Staatsmänner arbeiten lassen wollen, General Reim und seine fanatischen Anhänger müssen aus dem Stotenerverein ausgeschieden, sonst wird er durch innere Streitigkeiten für immer lahm gelegt.“

Die Erwartung der „Kreuzzeitg.“, daß die Bayern im Verein bleiben, scheint sich zu erfüllen. Zwar hatte man nach den Kassel-Berichten den entgegengegesetzten Eindruck, und der Staatsanwalt Tröstlich erklärt, im Falle der Annahme des Thüringer Antrages, die dem tatsächlich erfolgte, sei für die Bayern kein Platz mehr im Stotenerverein. Sie verließen auch demnach die Versammlung. Aber die bereits mitgeteilte Beschlüsse des Reichstages in Würzburg stützt nachdrücklich auf, daß sie sich entschlossen haben, vorläufig im Verein zu bleiben und die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Reichsrat Freiherr v. Würzburg hat sich in einer Aeußerung an das „B. Z.“ zu der Angelegenheit noch wie folgt geäußert: „Der Grund, warum der Thüringer Antrag für die Bayern unannehmbar erschien, war folgender: Der Antrag enthält den Vorschlag, daß das Präsidium bei der Wahl Reims nur in der Wahlung seiner Unabhängigkeit gehandelt habe. Diese Wendung war für die Bayern unannehmbar, da sie eine gegen den Prinzipien Apprecht gerichtete Spitze erhebt, als wenn der Prinz in die Unabhängigkeit des Präsidiums eingegriffen hätte. Dieser Passus war für Bayern um so unannehmer, als das Präsidium mit keinem Worte dem Bedauer über den Austritt des Prinzipen Ausbruch gegeben hatte. Die Annahme dieses Satzes hätte notwendigerweise den Austritt der Bayern zur Folge haben müssen. Er wurde schließlich aus der Resolution gestrichen, aber es blieb noch ein Vertrauensvotum für das Präsidium darin stehen, das für Bayern deswegen unannehmbar war, weil der bayerische Landesauschuss dem Präsidium seine Mitgliedschaft ausgeprochen hatte und von letzterem nichts gelassen war, das die Zurückziehung hätte rechtfertigen können.“

Arbeitslosen-Krawall in Berlin.

Ein hoch bedauerlicher und ernster Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und der Schutzmannschaft hat gestern nachmittag in Berlin stattgefunden. Darüber berichtet uns der Draht:

Als sich nachmittags gegen 4 Uhr ungefähr 2000 Arbeitslose gegenüber dem Reichstagsgebäude auf dem Schiffbauerdamm zusammengefunden hatten und von der Polizei zerstreut werden sollten, wurden von dem Neubau des neuen Operettentheaters Ziegel gegen die Polizisten geworfen, worauf die Schutzleute blank zogen. Während eine Anzahl Schutzleute von der Brücke aus auf die Demonstranten schatz eingingen, drang auf sie von der anderen

zen Seite her eine Abteilung berittener Schulleute, die ebenfalls blank gezogen hatte, ein. Wie in der Nähe befindliche Personen behaupten, soll auch ein Feuerwerkskörper explodiert sein, der vielleicht von den Schulleuten für einen Schuß gegeben wurde, worauf diese auf dem Felde den Schuss abgaben, von denen eine Anzahl am Kopf bezwundet wurde. Die Polizei sperrte die Arbeit auf dem Neubau.

Dagegen sind die gestern in Berlin veranfaßten sozialdemokratischen Arbeiterverammlungen sämtlich ohne Zwischenfall verlaufen. Es fanden gestern normittag insgesamt neun große Arbeiterverammlungen statt, in denen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sprachen und die von etwa 12000 Personen besucht waren. Sämtliche Verammlungen haben ruhigen Verlauf genommen. Der Aufforderung, nach Schluß der Verammlung ruhig auseinander zu gehen, um der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben, wurde überall Folge geleistet. Ein bedauerndes Merkmal war der Konflikt zwischen Polizei und Arbeitslosen, was auch am 9. d. M. vorkam. Gestern mittag waren dort etwa 600 Arbeitslose vor dem Geschäftshaus einer Zeitung versammelt, um den von ihr ausgehenden Arbeitsmarkt in Empfang zu nehmen. Einer der Arbeitslosen wurde gegen einen der die Kasse aufrecht erhaltenen Schulleute tätlich, so daß der Beamte von seinem Säbel Gebrauch machte. Darauf drangen mehrere andere Arbeitslose mit offenem Messer auf den Beamten ein. Einer der Ergabenden wurde so verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

### Die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation im Reichstag.

Wie nach der „Täg. Rundsch.“ verlautet, wird in Vertretung des Reichstagspräsidenten Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg heute im Reichstage die Beantwortung der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation abgeben. Gegen die Beantwortung werden nur die Konserwativen stimmen. Seitens der Polizei sind umfassende Vorkehrungen getroffen worden, um Demonstrationen vorzubeugen. Das Reichstagsgebäude wird bereits um 9 Uhr normittags im weiteren Umkreise von einer Schutzmannskette umstellt werden. Der Zutritt zum Reichstagsgebäude wird heute einer besonders strengen Kontrolle unterworfen und nur gegen Vorzeigung einer Legitimations- bezw. Tribünenkarte gestattet werden.

### Der freisinnige Wahlrechtsauschuss.

Der Ausschuss der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft des preussischen Abgeordnetenhauses für die Wahlrechtsreform in Preußen hat am Montag die erste Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, eine Broschüre über die Wahlrechtsreform und ein Rundbrief alsbald zu veröffentlichen und einen Aufruf zur Gewinnung von Mitteln für den Wahlrechtskampf zu veröffentlichen. Weitere Broschüren und Flugblätter sowie Verammlungen sind in Aussicht genommen. Die Verammlungen sollen planmäßig und einheitlich in Fühlung mit den Parteiorganisationen veranstaltet werden. Durch Zuzahl wurden in den Ausschuss die Abgg. Kopsch und Kaumann berufen.

### Stablenfisk Nachfolger.

Nach einer Meldung des „L.“ aus Osnabrück steht die Ernennung des Domherrn A. Losse zum Bischof von Posen-Ostpreußen unmittelbar bevor.

### Aus deutschen Parlamenten.

— Im Abgeordnetenhaus ist für die zweite Entscheidung ein Arbeitsplan aufgestellt worden, nach dem insgesamt 35 Tage für die zweite Lesung des Etats in Aussicht genommen sind. Daran sollen erstattet auf den Landwirtschafsetat 5 Tage, den Eisenbahnetat 4 Tage, den Luftsetat 10 Tage, den Handels- und Gewerbetat sowie den Luftsetat 2-3 Tage, den Etat des Ministeriums des Innern 3-4 Tage.

### Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 21. Januar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Novelle zum Telegraphengesetz.

### Telefunken-Gesetz.

Staatssekretär Kraetzke empfiehlt die Vorlage mit einigen einschneidenden Vorsetzungen, die sich wesentlich lediglich mit den der Vorlage begehenden Motiven betreffen. Kommerzienrat der Vorlage geworden einmal zu Zwecken des eigenen Landes, und sodann, um internationale Beziehungen — gemäß dem internationalen Vertrag vom 4. November 1906 — zu erfüllen. Zum Schluß betont der Staatssekretär noch ausdrücklich, daß auch nach Genehmigung der die drahtlose Telegraphie für das Reich monopolisierenden Vorlage „die Bahn frei sei für alle Systeme der Punktentelegraphie.“

Abg. Euen (kon.) stimmt namens seiner Fraktion der Vorlage zu. Eine Kommissionsberatung erscheine seiner Fraktion überflüssig.

Abg. Schneider (Ztr.) begünstigt ebenfalls die Vorlage. Abg. Tund (nl.) beantragt Vermehrung an eine Kommission. Er gebe zu, daß wenn wir das Reichs-Telegraphen-Gesetz nicht hätten, es jedenfalls jetzt eingeführt werden müßte! Im Prinzip seien also seine Freunde für das Gesetz. Auffassung in der Kommission wünschten seine Freunde zunächst darüber, auf welche Weise den Geschäften wie in den Motiven gesagt sei — möglichst Bewegungsfreiheit aufzubrechen und örtlich gesichert werden solle. Notwendig aber sei die Vermehrung an die Kommission vor allem, um aufzuklären, ob auch dem Reich für den privaten Verkehr der Gebrauch des besten Systems gewährleistet werde; und ferner, ob unsere internationalen Beziehungen auch so mächtig seien, um unseren Schiffen auch, unbeschadet des Systems, den Verkehr von Nord zu Nord zu gewährleisten. Auch wegen der Gebührentrage wünscht Redner noch nähere Aufklärungen in der Kommission.

Abg. Belsch (fr. Bgg.) betont namentlich, wie notwendig es sei, durch den internationalen Vertrag zu regeln, daß auch die Marconi-Gesellschaft gezwungen sei, Funkentelegramme entgegenzunehmen. Seine Freunde seien daher durchaus bereit, dem Vertrag zuzustimmen und ebenso dem vorliegenden Gesetze.

Abg. Franz (Soz.) sieht in der internationalen Vereinbarung über die drahtlose Telegraphie die wirksamste Propaganda für den Gedanken der internationalen Kulturgemeinschaft. Aber die Regierung lege leider das Hauptgewicht auf die militärische Seite. Auch verlange sie hinsichtlich der Gebührentrage Planto-Vollmacht. Und da seine Freunde nicht geneigt seien, solche Planto-Vollmacht zu erteilen, so stimmen sie der Vermehrung an eine Kommission zu.

Die Vorlage geht hierauf an eine Kommission.

### Es folgt die zweite Beratung der Majestätsbeleidigungs-Vorlage.

Die Kommission hat in den Voraussetzungen für die Strafverfolgung die Worte „böswillig und mit Vorbedacht“ ersetzt durch die Worte: „in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Ueberlegung.“ Ferner ist der Vorbehalt der Vorlage (Absatz 3) gestrichen, wonach die Strafverfolgung, sofern die Beleidigung nicht öffentlich begangen ist, nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung eintreten dürfe.

Der Referent berichtet auf das Wort.

Abg. Roeren (Ztr.) sieht in dem Erfolg des Wortes „Vorbedacht“ durch „Ueberlegung“ eine Verbesserung. Ob auch die Einfügung des Begriffs „Absicht der Ehrverletzung“ eine Verbesserung sei, das lasse er dahingestellt sein. Bedauerlich sei jedenfalls der Mangel an „objektiven“ Einschränkungen des Majestätsbeleidigungs-Begriffs. Der Gebante sei zwar von links angelegt worden, auch solche objektive Einschränkungen vorgeschrieben, aber der Gebante sei leider nicht in einen Antrag umgesetzt worden. Der Streichung des Absatz 3 der Vorlage sei zugestimmt. Nichtig ist auch ein weiterer Vorschlag der Kommission, wonach unter bestimmten Voraussetzungen (im Falle des § 9 Nr. 1 St. G. B.) auch auf Verlaßt der beleidigten öffentlichen Person erkannt werden kann. Alles in allem könne man dem Gesetz in der vorliegenden Fassung zustimmen, auch wenn es nicht alles Erwartete bringe.

Abg. Brunstermann (Sp.) erklärt, auch seine Freunde seien in der Lage, der Vorlage in der Gestalt, die sie in der Kommission erlangt habe, zuzustimmen.

Vizepräsident Kaempff: M. H., eingegangen ist soeben ein Antrag Albrecht u. Gen., die Paragraphen 95, 97, 99 und 101 des Strafgesetzbuches ganz aufzuheben.

Abg. Heine (Soz.): Wenn wir auch dem Abg. Roeren zugeben, daß die Vorlage durch die Kommission wesentlich verbessert worden ist, so müssen wir doch in erster Linie daran festhalten, daß die Majestätsbeleidigungs-Paragraphen ganz aufgehoben werden müssen. Aber davon abgesehen, ist uns an der Vorlage in der jetzigen Fassung die Beibehaltung des Wortes „böswillig“ unannehmbar.

Was man an andern nicht böswillig finden wird, dahinter wird man bei einem Sozialdemokraten Böswilligkeit voraussehen. Ich muß da auf den Königsberger Prozeß aus jüngster Zeit hinweisen gegen einen sozialdemokratischen Redakteur (Wardwaldt). Der betreffende Artikel über die Denkmals-Entscheidung behandelte zu 1/3 geschichtliche Vorgänge, die Vorgänge der Jahre der Emdenbürger Freundschaft. Aufhebung des Gerichts; auf die historischen Ausführungen des Artikels lege es keinen Wert und nicht tieferen nicht in Betracht! Ganz unerwartet gebildete lebende Mitglieder der Monarchen-Familie sollen nach Annahme des Gerichts beleidigt werden sein, namentlich durch den Ausdruck „Schandfüße“, den übrigens der Redakteur selbst hinterher in einem zweiten Artikel gemildert hat. Und in dem Worte „Tragikomödie“ fand das Gericht sogar eine Beleidigung höchst gefährlich bei der Denkmals-Entscheidung anwesend gemeldeter Personen. Es sehen daraus, m. H., wie leicht „Böswilligkeit“ gefunden werden kann aus politischen Rücksichten! Diesen Ausbruch wollen wir beiseite lassen. Zum Schluß empfiehlt Redner nochmals Aufhebung aller Paragraphen über Majestätsbeleidigungen.

Staatssekretär Niederding: Ginge der Antrag der Herren durch, so müßte doch zum mindesten auch der weitere Paragraph des Strafgesetzbuches gestrichen werden, der Beleidigungen ausländischer Staatsoberhäupter für strafbar erklärt. Denn andernfalls ergäbe sich ja die Disparität, daß deutsche Beamten zwar im Auslande geschützt sind, auf Grund der internationalen Abmachungen, aber nicht im Inlande. Auch das könnte Deutschland ansehnlich im Inlande nur schmälern. Auch die Bedenken gegen das „böswillig“ sind hinwiegend. Nach Auffassung der verschiedenen Regierungen sollen die Mitglieder verschiedener Parteien nicht um bewilligen von den Gerichten mit verschiedenen Maßstäben gemessen werden. Das Wort „böswillig“ soll in diesem Zusammenhang nur die Absicht voraussetzen.

den Herrscher in seiner persönlichen Ehre zu treffen. Die persönlichen und politischen Auffassungen des Täters kommen dabei nicht in Betracht. Es ist ja wohl auch zu hoffen, daß die Gerichte sich danach richten werden.

Abg. Mann (nl.) führt aus, der Königsberger Prozeß schwebe ja noch in letzter Instanz. Aber da seine einmal davon gesprochen habe, so erwidere er, historische Rücksichten seien selbstverständlich strafbar, aber die Grenze dürfe auch da nicht überschritten werden, jenseits deren absichtliche Beleidigungen von Verwandten des Monarchen zutage träten. Und offenbar habe auch der Artikel diejenigen schwer beleidigt, die nach Remel gekommen seien, aus patriotischen Empfindungen heraus. Die Sozialdemokratie müsse übrigens selber anerkennen, daß das Haus hier bemüht sei, der Kritik freien Lauf zu lassen, aber einer Kritik, die nicht in Beleidigungen ausarten dürfte. Während aller dieser Ausführungen wiederholte lebhafteste Ironie bei den Sozialdemokraten.

Abg. Graef (wirtsch. Bgg.) nennt den sozialdemokratischen Antrag geradezu unerhörte. Das Königsberger Urteil stehe mit dem Volksempfinden durchaus in Einklang. Die Kommissionsfassung der Vorlage werde von seinen Freunden begünstigt.

Abg. Müller-Meinigen (fr. Sp.) erwirbt seine Freunde gegen den Roeren'schen Vorschlag, daß einem Antrage auch auf „objektive“ Einschränkung des Majestätsbeleidigungs-Begriffs widerlegt zu haben. Das sei nicht richtig. Eine solche objektive Einschränkung sei ja auch tatsächlich erfolgt durch die Fassung: „Absicht der Ehrverletzung“. Auch habe seine Partei in der Kommission eine weitere objektive Einschränkung beantragt, und da habe gerade Roeren sie abgelehnt. Was den Königsberger Prozeß anlangt, so wisse er nichts davon, daß die Königsberger, hantierende Abg. sich einer Denuntiation schuldig gemacht habe, wie seine Partei behauptete. Sicher aber sei, daß auch er eine Ausdehnung des Majestätsbeleidigungs-Begriffs auf geschichtliche Darstellungen für sehr gefährlich halte. Uns England sollten wir fernern: je weniger Majestätsbeleidigungsprose, desto höher im Volke das Ansehen der Majestät! Wir, so schließt Redner, nehmen dieses Gesetz an, aber in der Hoffnung, daß die Revision des Strafgesetzbuches die Ausweitungsfreiheit noch weit mehr erweitern wird.

Abg. Wagner (kon.): Die konserwative Partei wird der Vorlage zustimmen, obwohl einzelne von uns noch Bedenken haben, ob der Schuß der Majestät gegen Beleidigungen ausreichend ist.

Abg. Westfahl (Ztr.) erklärt sich noch namens seiner Partei gegen den Antrag der Sozialdemokraten auf völlige Aufhebung der Majestätsbeleidigungs-Paragraphen.

Abg. Heine (Soz.) stellt nochmals fest, daß der bewußte Artikel lediglich nur die Königin Luise beleidigt habe, also eine Verleumdung, und daß demgemäß das Königsberger Gericht nur auf Schleimwegen, auf Umwegen,

eine Beleidigung des jetzt lebenden Monarchen konstruiert habe. Das scheint dem Abg. Mann noch gar nicht einmal zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Staatssekretär Niederding: Der Königsberger Prozeß ist noch in der Schwebe, in der Revisioninstanz. Entsprechend der Praxis des Hauses, in schwebende Prozesse nicht einzugehen, betrefft mich in dieser Erörterung nicht. Nur eins: Der Abg. Heine sagte, die Königsberger Richter seien auf Gleichgewicht zu ihrem Urteil gelangt. Das ist eine Bezeichnung der Königsberger Richter, die ich mit Entrüstung zurückweise. (Beifall rechts.)

Nach nochmaligen Bemerkungen der Abgg. Roeren, Graef, Heine der erklärt, er habe nicht den Königsberger Richtern Gleichgewicht nachgesagt, sondern gesprochen von der „Zubütatur, die Gleichgewicht gebt“, Mann und Müller-Meinigen schließt die Debatte.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird gegen die Antragsteller abgelehnt, das Gesetz in der Kommissionsfassung angenommen. Nur die Sozialdemokraten stimmen dagegen.

Es folgt die erste Lesung des Entwurfs eines Scheidengesetzes.

Abg. Noeken (Ztr.) hofft von der Aushebung des Scheidengesetzes einen günstigen Einfluß auf den Bankstand und wünscht, daß die Regierung sich mit der Vollstreckung beschäftigen möge.

Abg. Arnold (nl.) spricht sich in gleichem Sinne aus.

Abg. Weber (kon.) dankt der Regierung, daß sie auf dem Gebiet der Scheidengesetze nun eine rechtliche Grundlage und Rechtsfortschritt geschaffen.

Unterstaatssekretär Bernuth weist darauf hin, daß der Scheidengesetz kein Kreditpapier sein sollte, sondern ein Zahlungsmittel. Abg. Dr. Franz (Soz.) stimmt gleichfalls dem Entwurf zu. Abg. Raab (wirtsch. Bgg.) ist ebenfalls mit der Vorlage einverstanden, wenn auch die geschäftliche Maßnahme, die dabei in Betracht komme, ohne Gesetz hätte geregelt werden können.

Abg. Mommsen (fr. Bgg.) bittet, die Vorlage unverändert anzunehmen, ebenso Abg. Wagner-Württemberg (libd. Sp.). Darauf wird die Beratung abgebrochen. Mittwochs 1 Uhr: Wahlrechtsinterpellationen der Soz. Fortsetzung der Beratung des Scheidengesetzes. Schluß gegen 6 Uhr.

### Preussischer Landtag. Abgeordnetenhause.

15. Sitzung vom 21. Januar.

Am Ministerische: v. Rheinbaben. Der Platz des Abg. Holtmann (nl.), der heute seinen sechzigsten Geburtstag feiert, ist mit einem Blumenarrangement geschmückt.

### Vorlesung der Etatsberatung.

Die Etats der Rente des Kronfeldkommissarfonds und des Zinsfußes zu dieser Rente werden debattiert erledigt. Der Etat der Seehandlung wird auf Antrag Gähling (fr. Sp.) an die Subkommission zurückverwiesen.

Beim Etat der Rinzergewinnung fordert Abg. v. Arnim (kon.) die Verbräugung von Silbermünzen als Ersatz für die eingekündigten Taler und empfiehlt die Schaffung eines 25 Pfennig-Stückes.

Abg. Dr. Erüger-Hagen (fr. Sp.) ist mit dem 25 Pfennig-Stück einverstanden, stimmt der Verbräugung von Silbermünzen aber nur unter Vorbehalt zu.

Abg. Borker (fr.) schließt sich dem Abg. v. Arnim an.

Abg. Kirch (Ztr.) fordert eine gründliche Revision des Münzgesetzes.

Abg. Graf Kanitz (kon.) verweist auf das Beispiel Frankreichs, das bei seiner Doppelprägung die gegenwärtige Münzstrafe am besten überstanden und 3. einen Bankrott von 30 Proz. habe. Der Silberumlauf Frankreichs betrage 50 Trakt pro Kopf. Wo bleiben wir da? Mindestens müßte wir die Silberpräge von 15 auf 20, noch besser auf 25 Mark erhöhen. Die Einziehung der Taler sei ein sehr bedauerlicher Fehler gewesen, den die Regierung rückgängig machen sollte. (Beifall rechts.)

Finanzminister v. Rheinbaben: An der Goldwährung darf keinesfalls gerüttelt werden. Aber es fragt sich, ob sich nicht eine Erhöhung der Silberpräge empfiehlt. Ich halte sie für räthlich. Allerdings glaube ich nicht, daß die Quote bis auf 25 Mark, wohl aber, daß sie bis auf 20 Mark erhöht werden kann. Mit der Ausprägung des 25 Pfennig-Stückes erklärt sich der Minister grundsätzlich einverstanden. Die „Gewerbe“ über die Unanständigkeit des geplanten Münzmaßes erklären der Minister an, er hoffe, daß es gelingen werde, eine präzisere Form zu schaffen.

Als der Minister sich niederlegt, erwidert aus dem Hause der leitende Aufz. Taler, Taler. Während lehnt der Minister es gegen eine Seite ab, über die Einziehung der Taler etwas zu sagen.

Abg. Dr. Erüger (fr. Sp.) begrüßt es, daß der Minister die Talerfrage nicht berührt hat, und tritt der Vermehrung des Silberumlaufes auf 25 Mark pro Kopf entgegen.

Inzwischen ist Landwirtschaftsminister v. Arnim erschienen.

Abg. Graf Kanitz (kon.) erklärt, seit dem raschen Anmarsch der Goldgewinnung in allen Ländern hätten die Bimetallisten die Waagen gestreut; an der Goldwährung wolle niemand mehr rütteln. Aus dem Schweigen des Ministers in der Talerfrage sieht der Redner den Schluß, daß die Regierung doch an die Wiedereinführung der Taler denke.

Der Etat wird dann genehmigt, ebenso ohne Debatte eine Anzahl kleinerer Etats. Dann wird die Debatte über den Landwirtschafsetat beim Kapitel „Rekulturations“ fortgesetzt. Dieses Kapitel wird nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Ziemann-Schmidlein (fr.), Dr. Glatfelter (Ztr.), Dr. Jansen (Ztr.), (Ztr.), Tourneau (Ztr.), Ztr. v. Jochim (fr.), Heise (Ztr.), u. Graf-Eutineroth (kon.), Räte (b. d. R.) beteiligen, genehmigt.

Die Debatte drehte sich namentlich um die Ausfertigung der Bekleidungsarbeiten.

für die Redner ausgiebige Staatsmittel vornehmlich auch im Interesse der Heinen Landwirte forderten. Brovingen und Kelle für die erforderlichen Summen nicht gegeben. Ferner wurde für die Rheinischen Gemeinden Aufrechterhaltung ihrer Selbstverwaltungsrechte auf wirtschaftlichem Gebiete gefordert. Abg. v. Jochim brachte die harte Befragung der Umwohner der schiffbaren Flüsse mit Hochwasserarbeiten zur Sprache. Ein Regierungskommissar legte möglichst Entlastung der Befragten zu.

Mit der Bewilligung dieses Kapitels sind die oben stehenden Ausgaben des Landwirtschafsetates genehmigt.

Bei den außerordentlichen Ausgaben rief zunächst der Abg. „Bekleidungs“, die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen, einige Erörterungen hervor, wurde aber bald bewilligt.

Der Abg. „Difonds“ wurde zugleich mit den Beträgen zur Förderung der inneren Kolonisation in Ostpreußen und Pommern behandelt. Ein Antrag v. Wieser (kon.) will den Difonds — den „Fonds zur Förderung der

Land- und Forstwirtschaft in den Mittelen Provinzen — von 1 420 000 Mark auf 1 629 000 Mark erhöhen und dafür den Titel „Innere Kolonisation in Ostpreußen und Pommern“ von 2 000 000 Mark auf 1 800 000 Mark ermäßigen. Ein Antrag v. Bodelschwingh (kons.) und Dr. Kowaldt (fr.) will den letztgenannten Titel auf 1 700 000 Mark ermäßigen und die zu häufig werdenden 300 000 Mark für die innere Kolonisation in den übrigen Provinzen, insbesondere durch Beschaffung von Landarbeitern, verwenden. Ein Antrag v. Bodelschwingh-Schöder (kons., mit.) verlangt eine Reihe Maßnahmen zur Erweiterung der inneren Kolonisation. Abg. Gogling (fr. Sp.) tritt aus praktischen Gründen den Anträgen Bodelschwingh und Biederstein entgegen und empfiehlt Berücksichtigung aller drei Anträge an die Budgetkommission, schon aus erstrechtlichen Gründen.

Zu der weiteren Debatte, an der sich die Abg. v. Biederstein (kons.), Dr. Dietrich (Ztr.), Brodmer (kons.) und v. Bodelschwingh (kons.) beteiligten, erklärt Landwirtschaftsminister v. Amin: Er wolle über den Antrag Biederstein mit dem Finanzminister verhandeln. Aber es sei nicht richtig, daß Dispositionen dieser von der Regierung hiermüßig behandelt werde. Gegen den Antrag Bodelschwingh habe er einige Bedenken: Der Staat sei doch nicht der eigentliche Träger der inneren Kolonisation, die vielmehr mit Hilfe von Kreisgenossenschaften, Vereinen und Mitteln, welche in Provinzialgenossenschaften einen gemeinsamen Nutzen bringen sollen. In der Budgetkommission werde darüber noch zu reden sein. Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Kowaldt (fr.) führt Abg. Schindler (mit.) u. a. aus, daß seine Partei in der Wahlrechtfrage nicht Ziele nachjagen werde, die sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht erreichen lassen. Inzwischen werden die Nationalliberalen für alle erreichbaren Forderungen im Interesse des kleinen Mannes eintreten. Dem gelte auch der Antrag v. Bodelschwingh-Schöder. Abg. Schindler-Cassell (mit.) tritt ebenfalls für den Antrag mit Aufbehalten ein.

Nach weiterer Debatte, an der sich die Abg. Glagel (mit.), Gogling (fr. Sp.), v. Savain (Ztr.), v. Schmeling (kons.) beteiligten, gehen die beiden Titel nebst den drei dazu geltenden Anträgen an die Budgetkommission zurück. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 23. Januar, 11 Uhr. Tagesordnung: Landtags-Interpellation Kretsch (kons.), Automobilantrag, Antrag Bg. (Ztr.) wegen Herabsetzung des Einkommensteuereinzugs, Fortsetzung der Etatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

### Ausland.

Feldmarschallleutnant v. Hörsdorf schwer erkrankt. Der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes Feldmarschallleutnant v. Hörsdorf ist an Influenza schwer erkrankt.

### Frankreichs Maroffpolitik.

Offiziös wird in Madrid bestätigt, daß der französische Minister Weyl in Spanien das Amt niederlegte, ein gleichlaufendes militärisches Amt in Marokko durch Besetzung der von beiden Staaten einander gegenüberliegenden Einflusssphären auszuüben, doch das spanische Kabinett aber nach reiflichen Erwägungen schließlich zur Ablehnung des Vorschlages kam, der nebenbei bemerkt, der Afke von Algier ins Gesicht schlägt und auf die Vertragsstreue Frankreichs ein ungünstiges Licht wirft. Die öffentliche Meinung Spaniens billigt den Standpunkt der spanischen Regierung, eine kriegerischen, sondern freundliche Beziehungen zu den Arabern zu unterhalten.

Die „Morning-Post“ meldet aus Tanger: Die Priester in Mes haben ein Schreiben an den Kaiser von Tanger gerichtet, in welchem sie diesem verbieten, in den Moscheen den Namen Abdul Asis fortan noch erwähnen zu lassen, widrigenfalls er aus der Gemeinheit des Islams ausgeschlossen werde. Es sind auch Nachrichten eingetroffen, daß nicht nur in Marokko, sondern auch in Algier jetzt der heilige Krieg in Moscheen gepredigt werde.

### Meine Tagesnachrichten.

Die Du ma hat gestern ihre erste Sitzung nach der Weisungsurteil an und nahm in zweiter Lesung mehrere Gesetzentwürfe an.

### Halle und Umgebung.

Halle, 22. Januar.

Die „Schuldenverwaltung der Städte“. Der preussische Landtag hat sich kürzlich der Minister von Meißner einen Ausfall gegen die deutschen Städteverwaltung erlaubt, der eben eine sehr originelle Form, nämlich die in der Sache ist, und der auf eine Seite mit dem Wort von der viel zu luxuriösen Lebensweise der Städte hinweist. Er wird die Städte ihrer amüßigen Schuldenlast von. Ganz richtig ist eine Reihe von Städten, die seit Jahren von Anleihen leben und bisher noch nicht daran gedacht haben, die Grundversteuern zu reformieren, und Grundbesitzern nur einzuführen. Im Laufe der Jahre hätte sich da mancher Millionenbesitzer zusammengekauert. Aber abgesehen davon, die Städte wollen wenigstens, wo für sie ihre Angelegenheiten und zu einem erheblichen Teil ja auch wieder getragenen Anleihen benutzt haben. Einmal hat, um den elementarsten Pflichten gegen Leben und Gesundheit der Bürger zu genügen, wobei gerade die strengen Anforderungen der Anleihenbesitzer, deren oft Kleinigkeiten ist, manches Sonderversteuern auf dem Gewissen hat. Zum anderen, um die ungeliebte Seite jener gewöhnlichen Kulturvorgänge zu erfüllen, die in einer Linie dem dazu verpflichteten Staat obliegen, die er aber gefällig oder gewaltsam — wie man's nennen will — auf die Städte abgewälzt hat, weil er sein Geld zu anderen Dingen braucht. Zum dritten, und das soll nicht übersehen werden, weil der Staat beim doch doch ein Vermögen von seinen Vermögensgegenständen hat, die Städte aufzufüllen haben. Andererseits hat der Staat den Städten die schicklichen Einkommensquellen gestohlen und die besten für sich behalten. So erklärt sich alles, und es ist verheißend, eigene Schuld auf andere zu schieben. Vielleicht werden die Städteversteuern noch im einzelnen an der Hand ihres Ursprungs im Minister nachzugehen, daß er im Unrecht ist, und daß er eine falsche Forderung vertritt, mit der Schuldenverwaltung des Staates begn. Reines der der Städte in Parallel zu setzen.

Aus der Georgengemeinde. Der nächste populäre wissenschaftliche Vortrag wird am Donnerstag, den 20. Jan., stattfinden über das Thema: „Hinter eisernen Gittern“, den Herr Straußausprediger Wiewert übernimmt hat. Am Donnerstag, den 13. Februar, wird Herr Oberlehrer Wienke über das Thema: „Unser Landsleute in Südamerika“ sprechen und am 26. Februar wird an Stelle eines Vortrages ausgewählte Musik gebracht werden. An einem besonderen Abend wird „Die Hölle von Romberg“ noch einmal aufgeführt werden, die im Herbst

durch den Kirchengesangsverein mustergültig aufgeführt wurde. — Die Gem. in der St. Joh. ev. in Halle im Jahre 1907 815 Arme und Kranke in ihrer Pflege gehabt. Sie macht, ferner 4616 Einnahmen und 6 halbes Pfennige, sie verabschiedet 7450 Zinsen, 104 Pfund Fleisch, 10 Pfund Wein und 261,13 M. bares Geld. Selbstverständlich ist hierbei nicht mit eingerechnet, was durch das Pfarramt für die Weihnachtsbelebung und für Konfirmanden, für Kohlen und Brot verausgabt ist. Auch wurde von den Schwestern eine Fischsuppe geleitet, die 73 Kinder umgabte.

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag im „Reichshof“ statt. Gäste sind willkommen.

Daphnia, Verein für Frauen- und Terenziaturen. Die nächste Sitzung findet in der Dresdener Bismarck am Aulenberg am Donnerstag statt. Auf der Tagesordnung stehen: Die Wahrung unserer einheimischen Großindustrie. Verschiedene Mitteilungen. Gäste sind willkommen.

Der Christliche Verein junger Männer feiert am Freitag abends 8 Uhr in seinem Saal, Geilstr. 20, das fünfte Jahrestreffen; hierzu wird jedermann (Männer und Frauen) eingeladen. Programm 20 Pfennig, sind im Vereinsbureau zu haben. U. a. werden reden: Herr Stationssekretär Selbig aus Barmen über: „Das Wert der christlichen Vereine junger Männer in seiner Bedeutung für Familie, Kirche und Staat“, und Herr Generalsekretär Lewin aus Breslau über: „Aus dem Leben des jungen Mannes“. Herr Generalsekretär Vetterl wird ferner am Sonntag, den 26. d. M., zwei Stillsitzstunden halten und zwar, nachmittags 4 Uhr für Schüler höherer Lehranstalten über das Thema: „Ein gefährlicher Feind der Jugend“, und abends 8 1/2 Uhr für Männer und junge Männer über: „Das soziale Problem und der junge Mann.“ Der Zutritt ist frei.

Der Turnverein „Teufel“ feierte am Sonnabendabend in den Italia-Hallen sein 50jähriges Bestehen. Es waren die Räume waren vollständig gefüllt von Festgästen, unter denen sich viele Turner von auswärts befanden. Die Darbietungen des Vereins bestanden in einem Konzert der hiesigen Musikkapelle, turnerischen Aufführungen, gelegenen Gesangsvorträgen des Handwerker-Bildungsvereins und Volk. Die Festsprache, welche in einem hoch auf den Kaiser gipfelte, hielt der Ehrenwart und Gründer des Vereins, Herr Kaufmann Ernst Roemer. In den 50 Jahren hat der Verein zahlreiche junge, turnerisch gut ausgebildete Leute zum Dienst im Heere entandt. Es wurden dem Verein überreicht: wertvolle Fahnenmädchens der Halleischen Turnerschaft und des nationalen Turnvereins „Vorwärts“ Bitterfeld. Eine Festrede fand willige Aufnahme. Bei der geliebten Abend im Vereinslokal „Bauers Brauerei-Ausgang, Rathausstraße 3/4, abgehaltenen Nachfeier wurden zahlreiche Glückwunschkartelegramme zur Verlesung gebracht.

Deutscher Radfahrerbund. Am 18. Bezirk Halle a. S. Am Sonntag hielt der Verband seine Winterbesitzung im Restauranter Waidmannsberg. Die sehr gut besuchte Versammlung, zu der auch der J. Gauvorsitzende, Herr Wendeborn und Gauvorsitzender Herr Arnold aus Magdeburg erschienen waren, erledigte die Tagesordnung in üblicher Weise. An Stelle des bisherigen Bezirksführers Herrn Zint, wurde Herr Fritz Reinhold, Halle a. S., Ersatzvorsitzender, gewählt. Die Anfragen über Bezirksfragen oder sonstige Fragen sind an letzteren zu richten.

### Provinzialnachrichten.

Torgau, 21. Jan. (Eisenbahn Torgau-Wellgera.) Das jahrzehntelange Bemühen weiter industrieller Kreise um Erbauung einer Eisenbahn von hier nach Wellgera, die später nach der sächsischen Grenze weitergeführt werden soll, ist von Erfolg gekrönt worden. Nachdem kürzlich der Eisenbahnminister sich für die Erbauung ausgesprochen hat, wurde jetzt seitens der beteiligten Behörden die Antragstellungnahme der Vorarbeiten genehmigt. Damit ist endlich einem wichtigen, für die ganze Gegend bedeutsamen Verkehrsprojekt entprochen worden.

Hf. Mansfeld, 21. Jan. (Tollisch verunglückt oder m. i. h. a. d. e. l. t.) Am Sonntag vormittag legte im Seeger'schen Gasthof der 53-jährige Arbeiter August Müller aus Hehra ein. Gegen 1/12 flachte er über Unwohlsein und der Wirt riet ihm, nach dem Stalle zu gehen und sich dort niederzuliegen. Nach einiger Zeit lag man nach und fand Müller bewußtlos, nur noch schwache Lebenszeichen noch sich gehend. Man schickte sofort nach dem Arzt, doch war Müller, als dieser ankam, bereits tot, jedoch Dr. Richter nur den Tod feststellen konnte. Am dem Teten bemerkte der Arzt eine ziemlich tiefe Wunde über der Schläfe, die, wie ermittelt Mt. am Sonnabend erhalten hat. Er war, von der Arbeitsstelle in Röhrenmansfeld kommend, mit einem Kameraden auf der Dorfstraße gegangen und hatte sich wahrscheinlich in anactuerntem Zustande mit diesem herumgeballt. Hierbei ist Mt. entweder hingeworfen oder hingestürzt und hat dabei die erwähnte Wunde sich zugezogen. Sein Arbeitskollege brachte ihn, da er nicht allein aufstehen konnte, nach der „Stadt Breslau“, wofür er abends niedergelegt wurde und wo er am anderen Morgen weiter nach Bahnhof Mansfeld ging. Da die Wunde die Ursache des Todes ist, wird die nähere Untersuchung des Toten ergehen.

Hab. Hertzberg, 21. Jan. (Feuer) Im nachten Abend in dem Stallgebäude des Galtwitzer Guts (Pommersches Dorf) in Büd bei m auf bisher unvorhergesehene Weise aus, was in kurzer Zeit das Gebäude bis auf die Umfassungsmauern in Asche legte. In dem Stallgebäude inerten große Feuer und Strohvorräte, die dem Feuer reiches Nahrung boten. Die Feuerwehren von Wittenheim, Hartzburg und Schlawe konnten sich nur auf den Schutz des nachfolgenden Wohnhauses beschränken. Der gewaltige Feuerhain war weithin bemerkbar.

Hessau, 21. Jan. (Von der Hoffapelle.) Der Herzog hat ab 1. Januar 1908, dem Beispiel des Herzogs von Sabura-Gotia folgend, der Herzoglichen Hoffkapelle mit Rücksicht auf die Zeitlage eine dauernde Aufhebung ihrer Bezüge im Gesamtbetrag von über 15 000 Mark jährlich bewilligt.

### Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht. Halle, 18. Jan. Vogelfänger. Die schon oft vorkommenden Arbeiter Lohse und Nibel von hier wurden im Juli der Jahres des Kommunisten von einem Rechtsbeistand dabei überführt, wie sie an der Bekleidung der Verlebten ein gewisses Entgelt ausbezogen. Die beiden Mannen des Verbrechens nahmen sie selbst das Verbrechen zu. Einer von ihnen wird dem Richter, er sollte sich in schuldig aus dem Parteifeld ziehen, sonst werde man ihn und seinen Hund verhaften. Die Anklage legte die Behauptung dem Nibel zur Last, die Beweisaufnahme machte es aber wahrschein-

licher, daß Lohse die Worte gesprochen hat. Der Vorstehende wies daher Lohse darauf hin, es sei möglich, daß gegen ihn von der Staatsanwaltschaft ein besonderes Verfahren wegen verächtlicher Mitleidung eingeleitet werde. Gegen Nibel dagegen, der die Lohse mit seiner Einwilligung noch heute mitleiden lassen, fräuliche sich Lohse einmischen. Dann beantragte ich einen neuen Termin, daß meine Anklage noch gründlich untersucht wird.“ Nibel ist wegen Verleumdung schon oft bestraft. Lieber seine meist mit einer reichlichen Portion Geld mit gewöhnlichen Bedenken haben wir bereits mehrfach berichtet. Er ist stets die vollkommene Unschuld gewesen, doch er entsetzt an er könne im Leben nicht begreifen, wie der Rechtsbeistand so was ganz fälschlich über ihn habe behaupten können. Der Vorstehende mußte die Anklage wiederholt betonen, sich durch ihr dreifaches Dreinreden gar keine Schuldredens wegen Angelegenheit vor Gericht zu ziehen. Gegen Nibel erklärte das Gericht wegen Verleumdung des Angeklagten auf drei Wochen Haft, gegen Lohse auf eine Woche.

### Cherchez la femme!

Der Maurerpolier R. H. in Giebichenstein lebt seit längerer Zeit mit einem dortigen Geschäftsführer in Freundschaft. Der Geschäftsführer hat sich mit seiner Frau überworfen, weil er den Verdacht gegen sie hegt, daß sie ihn mit dem Maurerpolier betrügt. Er hat seinen Verdacht auch ganz offen vor dem Maurerpolier ausgesprochen und ihn deshalb Strenger erholten. Auch hat er vor den Eltern des Poliers geschrien, er werde ihnen zeigen, daß er den Verdacht nicht ruhig ertragen. Doch ließ sich die Vermutung nicht so leicht abweisen, sondern ließ mehrmals über den Geschäftsführer her und verurteilte ihn gründlich. Der Geschäftsführer will bei den Freigelassenen lediglich der lebende Teil gewesen sein und erhebliche Verleumdungen begangen haben. Er ist tagelang arbeitsunfähig gewesen und läßt sich noch sehr schmerzen. Seine Frau sagte dagegen mehr zu Gunsten des Poliers aus. Die Verleumdungen ihres Mannes seien keineswegs so schlimm gewesen; zu den Freigelassen oder habe er sich durch Schimpfwörter im Anlaß gegeben und sich nicht bloß verprügelt lassen, sondern kräftig mitgehauen. Anparteiische Freigelassenen schanden jedoch, daß bei einer von ihnen beobachteten Einnahme des Mannes beim Anlaß des Geschäftsführers auf diesen losgeschlagen habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Polier zwei Monate Gefängnis. Das Gericht hielt aber eine Woche in Haft von 75 Mark für ausreichend.

Anders, 21. Jan. Wegen Verleumdung des deutschen Reichstages, begangen durch einen Zeitungsartikel im September 1907, wurde von der hiesigen Strafkammer des Reichstages Jörn von dem sozialdemokratischen Volksblatt zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Glogau, 21. Jan. Wegen der bekannten Eisenbahn-Güterdiebstahl hatte die Strafkammer den Eisenbahn-Mitarbeiter Friedeburg aus Breslau unter Einrechnung für eine Verleumdung des Reichstages zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Auf Revision Friedeburg wurde das Urteil vom Reichsgericht aufgehoben und Friedeburg in einer neuen Verhandlung zu sechs Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, auf die normale Revision Friedeburg wurde auch dieses Urteil aufgehoben und zur Verhandlung an die Glogauer Strafkammer zurückverwiesen, die jetzt von Angeklagten zu vier Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilte.

Mos, 21. Jan. Der achtzehnjährige Lehmann Emil Thoworn in aus Anen, der am 12. Dezember vorigen Jahres in Pozna die achtzehnjährige Frau Douet und deren Sohn ermordet und bestraft hat, ist vom höchsten Schwurgericht wegen Mordes freigesprochen und freigesetzt worden. Freigesetzt, 18. Jan. (Die egyptische Millionäre.) Die hier eigene Familie und viele Bekannte in ungläubiger Weise betrog, die Fabrikant Frau Max von der Linde, wurde von der hiesigen Strafkammer zu 1/2 Jahren und ihr Gatte zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Reg., 18. Jan. (Ein Scheusal in Menschengestalt.) Das Schwurgericht verurteilte die Schmiedegattin Jaroch wegen beschuldigter Missethat ihrer zwei unehelichen Kinder (eines erlag den Verletzungen) zum Tode.

### Kunst und Wissenschaft.

Der Professor der Archäologie Wolters-Witzburg erhielt den Ruf als Nachfolger Furtwänglers an die Universität München.

Eine Expedition in das dunkelste Afrika. Eine Expedition, die sich die Erforschung eines weiten, bisher noch gar nicht wissenschaftlich ergründeten Gebiets im Kongo-Freiland zwischen dem oberen Kivu und dem Rufidj-See zur Aufgabe gestellt hat, ist im Auftrag des englischen Anthropologischen Instituts und des British Museum abgegangen und bereits glänzend an Ort und Stelle angelangt, wo sie ihre Arbeiten bereits mit glänzendem Erfolge aufgenommen hat. Der Leiter dieses Unternehmens, E. Torday, ein geborener Ungar, hat bereits auf einer zweijährigen Forschungsreise in diesen Gebieten reiche Erfahrungen gesammelt und sich auf die Kenntnis der Sprache der Eingeborenen angeeignet. Aus seinen Berichten läßt sich erkennen, daß die von ihm besuchten Stämme, darunter die Ba-Dangi, Ba-Pindi, Ba-Moela, Ba-Nwesi und Ba-Suona, auf einer noch wenig entwickelten Kulturstufe stehen und mehr oder weniger dem Kanibalismus ergeben sind. Sie sind noch von Menschenaffen nicht etwa durch Hunger getrieben worden, denn in ihren Gebieten ist Nahrung an Tieren und Früchten in überreichlicher Menge vorhanden. Haben sie einen Menschen erbeutet, so essen alle Mitglieder des Dorfes von seinem Körper, mit Ausnahme des Hauptlings und seiner Kinder, dem die Glieder fleischlich aussonst auf Heftigkeit; es herrscht unter ihnen Wechselliebe, gleichwohl wird Wechselliebe sehr streng bestraft, der heiligste Gatte darf den Wechselliebe sofort töten. Als unaufrichtige Mimen gehen ihnen die Weibchen, Meißingfische und Salz. Sansibarische herrscht überall und in manchen Dörfern sind dreizehntel des ganzen Stammes die Sklaven des Hauptlings. Die Sklaven werden jedoch gut behandelt und können durch Tapferkeit die Freiheit wiedergewinnen, sogar selbst Hauptlinge werden. Die neue Expedition wird weitere ausgiebige Mitteilungen über diese interessanten Völkerverhältnisse der Wissenschaft zugänglich machen.

Eine prähistorische Höhlenwohnung in England. Aus London wird berichtet: Eine interessante Entdeckung ist soeben dem Professor Bobb Dawkins von der Victoria-Universität in Manchester gelungen. Gemeinsam mit William Morritt von Almsich gelang ihm auf dem Grundbesitz des Obersten Samworth Booth in Kilston, bei Hornsea, Halberch, die Freilegung einer prähistorischen Höhlenwohnung. Die Höhle ist etwa 5 Fuß 8 1/2 Zoll tief und in ihrem Grunde fand man die Skelette von Pferden, Rindern und anderen Tieren, u. a. auch von einem kleinen festschnäbeligen Vögelchen. Von besonderem Interesse sind die aufgefundenen Geräte, schwere Steinkeulen, Feuersteinmesser, Roggenkörner; unter Wechsellieben fand man eine Anzahl von Tongefäßen. Die Funde weisen auf die paläolithische Epoche zurück. Dagegen fand man in einer höheren Schicht aus Bronzezeit, die späteren Zeiten entstammen.

Die französische Sprache in der Schweiz. Mit Besorgnis verfolgen die Franzosen die wachsende Ausbreitung der deutschen Sprache in der französischen





# Handel, Gewerbe und Verkehr.

## Lage und Aussichten in der deutschen Baumwollindustrie.

Die rückgängige Konjunktur, die bereits vor mehreren Monaten in manchen Zweigen der Textilindustrie ihren Einzugs hielt, hat auch fernerhin angehalten, ohne indessen, abgesehen von einzelnen Branchen der Buntweberei, schärfere Formen anzunehmen, die für die Folge Anlass zu Besorgnis geben könnten. Der Beginn des Konjunkturrückganges muss in erster Linie auf die Geldkrise in Europa und Amerika und die dadurch bewirkte Zurückhaltung der Exporteure zurückgeführt werden, welche letztere sich dann in kurzer Zeit auch auf die inländischen Warenkonsumenten übertrug. Der Rückgang hat sich bis jetzt allerdings nicht in gleicher Weise vollzogen, und besonders die Baumwollspinnerei ist kaum davon betroffen worden, weil der von vielen Seiten erwartete Rückgang der Rohbaumwollpreise nicht eingetreten ist und auch für nahe Zeit kaum zu befürchten steht. Die deutsche Baumwollspinnerei ist auch heute noch voll auf Beschäftigung und wenn auch infolge der unsicheren Lage des Baumwollmarktes und ihrer weitverbreiteten Situation in einzelnen Branchen der Baumwollweberei neue Garveränderungen in den verflochtenen 3 Monaten nicht gefügt worden sind, so genügen doch die noch vorliegenden Kontrakte, um die Spinnereien noch für 3 Monate bei voller Beschäftigung zu erhalten. Allerdings sind die laufenden Garnabsorderungen seitens der Webereien wesentlich geringer geworden, und dies wird wohl auch für die nächste Zeit andauern; indessen Grund zur Besorgnis liegt nicht vor, da nirgendwo, weder in den Spinnereien, noch bei den Konsumenten, sich bisher Garnbestände nach baumwollenen Garnspinnern und Ausstreuern in bezug auf Tätigkeit neuer Abschlüsse in die Erscheinung trug, der laufende Absatz und die Beschäftigung dagegen durchaus regelbunden, hat in der Buntweberei die infolge des teuren Geldstandes der geringen Nachfrage seitens des Auslands-Marktes und der unsicheren Lage des Baumwollmarktes bewirkte Zurückhaltung der Konsumenten bereits in vielen Betrieben Arbeits-einschränkungen in mehr oder minder schärferer Form geführt. Auch drücken bereits größere Warenverorte in den Webereien empfindlich auf den Markt, wodurch Preisreduktionen unvermeidlich sind und das ganze Geschäft sich noch schwieriger gestaltet hat. Erst wenn wieder normale Geldverhältnisse eintreten und das Auslands-geschäft sich wieder hebt, kann eine Gesundung der Geschäftslage in der Buntweberei erwartet werden, zumal dann durch die Belebung des Exportverkehrs das Angebot im deutschen Markt wieder in normale Bahnen geleitet wird.

## Handels-Depeschen.

Frankfurt (Main), 21. Jan. (Priv.-Tel.) Wie die „Frankf. Zig.“ aus New York meldet, werden die Preise aller Baumwollzeuge neuerdings reduziert, so dass der Rückgang gegen den letztjährigen Höchstpreis 20 Proz. beträgt.

Kopenhagen, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Die Nationalbank setzt von morgen ab den Diskont von 8 1/2 Proz. auf 7 1/2 Proz. herab.

Washington, 21. Jan. Das Schatzamt hat 200 000 Unzen Silber zu 56,083 gekauft.

## Handel und Industrie.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 207,5, Diskonto 172,20, Deutsche Bank 232,00, Berliner Handelsgesellschaft 157,30, Kanada 157,00, Baltimore 85,90, Paketfahr 116,75, Nordl. Lloyd 105,00, Russische Anl. von 1902 81,00, Laurahütte 219,25, Bochum. Guss 199,25, Harpener 204,00, Weisenkirchen 188,25, Böhm. 178,62, Dresdner Bank 138,25, Schaffhausen 135,00, Lombard 27,90, A.-E.-G. 202,00, — Tendenz: Fest.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: 3/4 Proz. Reichsanleihe 0,20, 3/4 Proz. Reichsanleihe 0,35, 3/4 Proz. Konsols 0,10, 3/4 Proz. Konsols 0,25, Omnibus-Ges. 3,50, Rotwitel Pulver 1,50, Adler Zement 2,50, Zinkoberzement 1,25, Adler Ahrhard 5,75, Hein. Lehmann 1,50, Lan 8,50, Köln-Münster 2,50, 2,25, Stettiner Vulkan 2,75, Planianwerke 1,75, Deutsche Kabelwerke 3,75, Klausner Spinnerei 5, Zittauer Weberei 2,50, Westl. Jute-Spinnerei 4,50, Bismarckhütte 1,75, Caroline 5,50, Concordia Bergbau 1,75, Eschweiler Walzwerk 2, Geisweiler 3, Hagen Gasstahl 2, Hoest 2,50, Kain-Misen 2, Mühlheimer Lanbergwerk 2, Rhein-Nassau 6,50, Westfal. Draht-Ind. 2,50, Langendreer 7, Witten Gusstahl 3, Witten Stahlröhren 2,25, — Dagegen notierten niedriger: Teutonia Zement 1,50, Aluminium-Ind.-Ges. 2,75, Guttman Masch. 1,50, Zeilert Masch. 2, Hotelbetriebs-Ges. 1,50, Köllmar & Jordan 5, Ver. Dampfziegeleien 2, Buckau chem. Fab. 2,25, Schlessische Cellulose 2, Rositzer Zucker 1,75, Trachenberg Zucker 1,50.

Die Subskription auf 34 Millionen Mark 4 Proz. Badische Staatsanleihe von 1908 wurde infolge grosser Ueberzeichnung sofort nach Eröffnung gestern vormittag 9 Uhr geschlossen.

Neue Bremer Stadtanleihe. Gegenwärtig schweben Besprechungen wegen dieser neuen Anleihe im Betrage von 15 Millionen Mark mit 4 Proz. Zinsfuß. (Die letzte Bremer Staatsanleihe wurde im Jahre 1905 begeben; sie lautete über 3 Millionen Mark und war mit dem 3/4 Proz. Zinsfuß ausgestattet. Diese Anleihe, die bis 1. April 1915 unkündbar ist, wurde im März 1905 zu part aufgelegt.)

Neue Kasseler Anleihe. Der Magistrat der Stadt Kassel beschloss die Aufnahme einer neuen Stadtanleihe in Höhe von 20 1/2 Millionen Mark.

Neue Stadtanleihen. Die Städte Frankfurt, München-Gladbach und Freiburg i. B. stehen in Unterhandlungen wegen der Aufnahme von Anleihen in grösseren Beträgen, die teilweise noch nicht feststehen.

In das Kallwerk Asse ist ein Laugenruss von 25 Liter in der Minute eingetreten. Der Aufsichtsrat beschloss, die Zufussstelle mit Tübbings auszukleiden.

Braunkohlen-Gewerkschaft Hobenzollernhall in Weimar. Das als 1000 teilige Gewerkschaft gegründete Unternehmen, dessen Gerichtsamt ca. 650 Morgen Kohlenfelder im Kreise Weismes umfassen, beschließt, zum vollständigen Ausbau seiner Anlagen Z u b u s s e n und zwar in Höhe von 1000 bis 1200 Mrk. pro Kux einzuziehen. Der Rest des nötigen Bankkapitals soll durch eine Obligationenanleihe in Höhe von 500 000 Mrk. gedeckt werden. Es wird nach Vollziehung von 1000 Mrk. pro Kux beabsichtigt, die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft zu transformieren. Der Zweck der Gewerkschaft ist durch 40 Bohrungen völlig abgebohrt werden und die Mächtigkeit des angezogenen Braunkohlenlagers eine bedeutende.

Gewerkschaft Thüringen. Auf der Tagesordnung der zum 29. Januar nach Heydorf einberufenen Generalversammlung steht u. a. der Antrag: Bewilligung einer Z u b u s s e von 400 Mrk. pro Kux.

Gewerkschaft Wilhelmshall, Andeberg. Für den Monat Januar gelangt wieder eine Ausbeute von 100 Mrk. pro Kux zur Verteilung.

Konventionsbestrebungen in der Zinkindustrie. Die Verhandlungen über die Bildung einer internationalen Zinkkonvention werden, wie wir erfahren, in einer Ende dieses Monats, und zwar in Frankfurt a. M. stattfindenden Versammlung der interessierten Werke fortgesetzt. Es nehmen daran teil die Vertreter deutscher, französischer, englischer und belgischer Werke.

Vom Kupfermarkt. Die Firma Henry R. Merton and Co. in London führt in ihrem Wochenbericht aus, dass infolge der Besserung der Stimmung für Standard-Kupfer sich grosse Konsumnachfrage zeigte, so dass bedeutende Aufträge in Feinkupfer und in Kupferfabrikaten plaziert wurden, bei stark anziehenden Preisen. Ostindien war mit umfangreichen Käufen am Markt; auch für chinesische Rechnung zeigte sich einige Nachfrage. Die amerikanischen Prozenten effizienten grosse Exportverkäufe.

Braunwein-Erzeugung und -Verbrauch in der Provinz Sachsen im Monat Dezember 1907. Erzeugt wurden 26 243 Hl. (Vormonat 15 634 Hl. r. A.). Zur steuerfreien Verwendung abgelassen wurden 3768 (7149) Hl. davon vollständig denaturiert 6504 (4987) Hl. in den Lagern und Reingussanstalten unter Steuerkontrolle verblieben 64 831 (34 184) Hl.; nach Versteuerung in den freien Verkehr gesetzt wurden 22 417 (23 035) Hl. r. A. — Im Königreich P r e u s s e n wurden 526 267 (591 561) Hl. r. A. steuerfrei verwendet, 3 063 566 (3 013 566) Hl. vollständig denaturiert 85 216 (81 678) Hl. in den freien Verkehr gesetzt, 171 436 (171 895) Hl. r. A.

Gesellschaft für elektrische Beleuchtung vom Jahre 1886 in St. Petersburg. Die Einnahmen aus Stromlieferung betragen im Monat November 1907 683 323 Rbl. (i. V. 599 145 Rbl.). Die Stromlieferungseinnahmen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. November 1907 betragen 3 906 326 Rbl. (gegen 3 317 Rbl. im Jahre 1906 und ergeben mithin für 1907 ein Plus von 589 498 Rbl.).

Wieder eine neue schlesische Zementfabrik in Sicht. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, dass oberösterreichische Kapitalisten in Frauenthor bei Opatowitz eine neue Zementfabrik errichten lassen hören, was ein Berliner Finanzkorrespondent beobachtet, das Kalkwerk in Grotz Hartmannsdorf bei G. m. b. H. in Gr.-Hartmannsdorf bei Bunzlau anzukufen und neben dem Kalkwerk eine Zementfabrik zu errichten. Die Verhandlungen seien allerdings noch nicht zum Abschluss gelangt.

Frankfurter Gummiwarenfabrik Stockicht. Die Generalversammlung dieser Fabrik am 17. d. M. hat die Mittelschleische Creditbank und die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt beteiligt sind, lehnte mit 1153 gegen 210 Stimmen die beantragte Einsetzung einer Revisionskommission ab, wogegen seitens der unter Führung des Vorbesitzers stehenden Opposition Protest eingelegt wurde; auch wurde die Genehmigung des Abschlusses verweigert.

Aus der Holzindustrie wird geschrieben: Ein bedeutendes Geschäft ist am Montag abgeschlossen worden. Die industrielle Firma W. Stolaroff in Moskau, welche in Russland Gruben, Güter und Holzindustrielle Unternehmungen besitzt, kürzlich im Gouvernement Kautais (Transkaukasien) das amfische Waldgut Lugela, das grosse unberührte Bestände von Fichten und Tannen besitzt, hat die Holzgroshandlung Carl Lüttig in Halle hat nunmehr auf fünf Jahre die Jahresproduktion von je 20 000 cbm Bretter, die auf einer neu zu errichtenden Mühle angefertigt werden, gekauft. Das gesamte Objekt beträgt etwa 4 Millionen Mark. Die Ware ist von Schwarz Meer auf Seesommer nach Rotterdam, Hamburg und Bremen verschifft. Von dort aus erfolgt dann der Weitertransport nach allen deutschen Plätzen. Das neue Werk im Kaukasus wird jetzt durch die Akt.-Ges. Blumwe u. Sohn in Bromberg errichtet. Das ganze Geschäft ist von dem Holzkommissiongeschäft Julius Brühl jr. in Charlottenburg vermittelt worden.

Die wahre „Ursache“ der amerikanischen Krisis. Ueber die Gründe der amerikanischen Krisis ist manches geäußert worden, das einer ernsthaften Kritik nicht standhalten vermochte. Immerhin konnte man in den verschiedenen Momenten, die als Ursache der Krisis bisher angeführt wurden, waren sie auch noch so absurd, wenigstens einen Schein der Berechtigung entdecken. Jetzt behauptet ein amerikanischer Finanzblatt, der „American Economist“, die wahre Ursache der Krisis gefunden zu haben: „Die jüngste Panik“ — so schreibt dieses Blatt — „kam daher, das der Präsident den deutschen Importeuren z u g e s t a n d e n s e g e m a c h t und sich überhaupt der Idee an eine bevorstehende Zoll-Erhöhung verbreitet hatte.“ Die Absicht, die mit der Verkündung dieser Massnahme knipft wird, ist ziemlich durchsichtig. Im amerikanischen Volk nimmt die Erkenntnis zu, dass die Auswüchse im Trustwesen lediglich hinter der Schutzwehr hoher Zollmauern emporwachsen können. Daher setzen die verschiedenen Präsidentschaftskandidaten in den Programmen die Tarifreform. Dieser Stimmung wollen der „American Economist“ und einige andere Blätter entgegenarbeiten. Nachdem schon seit Monaten gegen das Abkommen mit Deutschland gehetzt und sogar die unerhörte Behauptung aufgestellt worden ist, dass die deutschen Handelskammern solche Angaben über den „Marktwert“ unterstützen, um auf diese Weise die Tarifreform zu verhindern, so tritt in die Vereinigten Staaten zu erleichtern, wird jetzt erklärt, die Deutschland gemachten — nebenbei bemerkt recht dürftigen — Zugeständnisse hätten die Panik heraufbeschworen. Von der wahren Spur soll das Volk abgelenkt und dazu angestachelt werden, sich gegen jede Tarifreform zu erklären. Die Trusts, die überflüssigen Kinder der Hochschulpolitik, sollen weiter unbeschränkt in ihrer Macht bleiben. Um das auf die Dauer zu erreichen, wird die amerikanische Presse der stand pat-Republikaner frechlich andere Mittel herausfinden müssen.

Die Halen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft in Aken a. d. Elbe teilt uns mit, dass in der am 18. Januar abgehaltenen Sitzung der Direktion und des Aufsichtsrats beschlossen wurde, von dem ca. 126 100 (111 000) Mrk. Betrage des Ueberzusses ca. 59 350 (45 926) Mrk. zu Abschreibungen und ca. 11 200 (11 877) Mrk. zu Rückstellungen zu verwenden. In der für den 7. März nach Rumpfs Hall in Köthen einberufenen ordentlichen Generalversammlung soll beantragt werden, von dem verbleibenden Reingewinn von ca. 55 900 (60 780) Mrk. Betrage des Ueberzusses gemässen Anteilen wieder, wie in den letzten Jahren, 5 Proz. Dividende auf das 1 Million betragende Aktienkapital zu verteilen.

Sächsische Kammergarnspinnerei (C. F. Solbrig) zu Hartbau im Erzgeb. Nach dem dem Aufsichtsrat vorletzigen Abschluss ergibt sich einschließlich des Vortrags von 6610 (5596) Mrk. ein Bruttogewinn von 533 900 (589 780) Mrk. Die Verwaltung wird der am 18. Februar stattfindenden Generalversammlung nach Abschreibungen von 214 683 (197 387) Mrk. eine Dividende von 68 (6) Proz. in Vorschlag bringen.

Grosse Berliner Strassenbahn. Für die Aktien der Gesellschaft zeigte sich an der gestrigen Börse lebhaftes Interesse, das den Kurs mehrere Prozente steigerte. Die Bewegung war aber, da der Börse umfängliche Gewicht zurückzuführen, dass auch der Stand zwischen der Gesellschaft und dem Eisenbahnministerium Angelegenheiten neuerdings eine günstigere geworden sei. Hierin verläutet von guter Seite, dass hiervon zuerst eigentlich nicht gesprochen werden kann, dass aber die Verhandlungen zwischen den genannten beiden Parteien, die eine Verständigung der zwischen ihnen schwebenden Streitfragen bezwecken, nunmehr tatsächlich beginnen werden. Wenn man

berücksichtigt, wie lange Zeit es gedauert hat, bis man hierzulande gelangt ist, so wird man allerdings das jetzt eintretende Stadium schon als einen bemerkenswerten Fortschritt in dieser Angelegenheit bezeichnen können.

Südafrikanische Goldminen. Wie aus Johannesburg gemeldet wird, sind bei den East Rand Proprietary Mine die Maschinenanlagen nunmehr vollständig fertiggestellt. Die Anglo-Goldminen und die Cason Goldminen arbeiten nunmehr mit je 220 Stampfen und zwei Röhrenmühlen. — Der Wert der Goldproduktion des südlichen Rhodesias betrug in 1907 2 231 436 (4 204 264) £.

Konkurrenz der Musikinstrumentenfabrik C. F. Doerflinger. In Klingenthal soll auf 158 831 Mrk. nicht bezweckliche Forderungen eine Abschlagsquote von 18 Proz. verteilt werden.

Die Weissgerberei Eduard Henning in Arnstadt hat ihre Zahlungen eingestellt und ihren Gläubigern auf dem Verzeichnis 30 Proz. geboten. Es handelt sich um eine sehr alte Firma, Wassergewinnung im thüringischen Braunfelsgebirge. Auf den Stationen der Königlichen Eisenbahndirektionen Erfurt, Halle und Magdeburg und der anschlüssenden Privatbahnen sind am 30. Januar zur Verladung von Braunkohle, Braunkohlenscheideln, Nasseisesteinen und Braunkohlensacks 2770 t Wagen von 10 t Ladegewicht gestellt und nicht gestellt — Davon entfallen auf die Eisenbahndirektionen Erfurt, Halle und die Stationen der Lausitzer, Zschepkau-Einstverwalter und Dessau-Wölzener Bahnen allein gestellt 924, nicht gestellt — Wagen zu 10 t Ladegewicht, 1185, nicht gestellt —

## Waren und Produkte.

Getreide. Berliner Produktenbörse, 21. Jan. Am Fränkmarkt notierten, Weizen in 217, 220,00, Roggen ruhig, 190, 207,00. Hafer, märkischer mecklenburg, 162, 168,00, preuss., 165, 168,00, russischer mittel u. gering 180—182, mittel 170, gering 157—171, russischer mittel u. gering 180—182, Mais, runder 160,00—168,00, Gerste, im Inland, Futtergerste, 140—142, 145, 148, 150, 152, 155, 158, 160, 162, 165, 168, 170, 172, 175, 178, 180, 182, 185, 188, 190, 192, 195, 198, 200, 202, 205, 208, 210, 212, 215, 218, 220, 222, 225, 228, 230, 232, 235, 238, 240, 242, 245, 248, 250, 252, 255, 258, 260, 262, 265, 268, 270, 272, 275, 278, 280, 282, 285, 288, 290, 292, 295, 298, 300, 302, 305, 308, 310, 312, 315, 318, 320, 322, 325, 328, 330, 332, 335, 338, 340, 342, 345, 348, 350, 352, 355, 358, 360, 362, 365, 368, 370, 372, 375, 378, 380, 382, 385, 388, 390, 392, 395, 398, 400, 402, 405, 408, 410, 412, 415, 418, 420, 422, 425, 428, 430, 432, 435, 438, 440, 442, 445, 448, 450, 452, 455, 458, 460, 462, 465, 468, 470, 472, 475, 478, 480, 482, 485, 488, 490, 492, 495, 498, 500, 502, 505, 508, 510, 512, 515, 518, 520, 522, 525, 528, 530, 532, 535, 538, 540, 542, 545, 548, 550, 552, 555, 558, 560, 562, 565, 568, 570, 572, 575, 578, 580, 582, 585, 588, 590, 592, 595, 598, 600, 602, 605, 608, 610, 612, 615, 618, 620, 622, 625, 628, 630, 632, 635, 638, 640, 642, 645, 648, 650, 652, 655, 658, 660, 662, 665, 668, 670, 672, 675, 678, 680, 682, 685, 688, 690, 692, 695, 698, 700, 702, 705, 708, 710, 712, 715, 718, 720, 722, 725, 728, 730, 732, 735, 738, 740, 742, 745, 748, 750, 752, 755, 758, 760, 762, 765, 768, 770, 772, 775, 778, 780, 782, 785, 788, 790, 792, 795, 798, 800, 802, 805, 808, 810, 812, 815, 818, 820, 822, 825, 828, 830, 832, 835, 838, 840, 842, 845, 848, 850, 852, 855, 858, 860, 862, 865, 868, 870, 872, 875, 878, 880, 882, 885, 888, 890, 892, 895, 898, 900, 902, 905, 908, 910, 912, 915, 918, 920, 922, 925, 928, 930, 932, 935, 938, 940, 942, 945, 948, 950, 952, 955, 958, 960, 962, 965, 968, 970, 972, 975, 978, 980, 982, 985, 988, 990, 992, 995, 998, 1000, 1002, 1005, 1008, 1010, 1012, 1015, 1018, 1020, 1022, 1025, 1028, 1030, 1032, 1035, 1038, 1040, 1042, 1045, 1048, 1050, 1052, 1055, 1058, 1060, 1062, 1065, 1068, 1070, 1072, 1075, 1078, 1080, 1082, 1085, 1088, 1090, 1092, 1095, 1098, 1100, 1102, 1105, 1108, 1110, 1112, 1115, 1118, 1120, 1122, 1125, 1128, 1130, 1132, 1135, 1138, 1140, 1142, 1145, 1148, 1150, 1152, 1155, 1158, 1160, 1162, 1165, 1168, 1170, 1172, 1175, 1178, 1180, 1182, 1185, 1188, 1190, 1192, 1195, 1198, 1200, 1202, 1205, 1208, 1210, 1212, 1215, 1218, 1220, 1222, 1225, 1228, 1230, 1232, 1235, 1238, 1240, 1242, 1245, 1248, 1250, 1252, 1255, 1258, 1260, 1262, 1265, 1268, 1270, 1272, 1275, 1278, 1280, 1282, 1285, 1288, 1290, 1292, 1295, 1298, 1300, 1302, 1305, 1308, 1310, 1312, 1315, 1318, 1320, 1322, 1325, 1328, 1330, 1332, 1335, 1338, 1340, 1342, 1345, 1348, 1350, 1352, 1355, 1358, 1360, 1362, 1365, 1368, 1370, 1372, 1375, 1378, 1380, 1382, 1385, 1388, 1390, 1392, 1395, 1398, 1400, 1402, 1405, 1408, 1410, 1412, 1415, 1418, 1420, 1422, 1425, 1428, 1430, 1432, 1435, 1438, 1440, 1442, 1445, 1448, 1450, 1452, 1455, 1458, 1460, 1462, 1465, 1468, 1470, 1472, 1475, 1478, 1480, 1482, 1485, 1488, 1490, 1492, 1495, 1498, 1500, 1502, 1505, 1508, 1510, 1512, 1515, 1518, 1520, 1522, 1525, 1528, 1530, 1532, 1535, 1538, 1540, 1542, 1545, 1548, 1550, 1552, 1555, 1558, 1560, 1562, 1565, 1568, 1570, 1572, 1575, 1578, 1580, 1582, 1585, 1588, 1590, 1592, 1595, 1598, 1600, 1602, 1605, 1608, 1610, 1612, 1615, 1618, 1620, 1622, 1625, 1628, 1630, 1632, 1635, 1638, 1640, 1642, 1645, 1648, 1650, 1652, 1655, 1658, 1660, 1662, 1665, 1668, 1670, 1672, 1675, 1678, 1680, 1682, 1685, 1688, 1690, 1692, 1695, 1698, 1700, 1702, 1705, 1708, 1710, 1712, 1715, 1718, 1720, 1722, 1725, 1728, 1730, 1732, 1735, 1738, 1740, 1742, 1745, 1748, 1750, 1752, 1755, 1758, 1760, 1762, 1765, 1768, 1770, 1772, 1775, 1778, 1780, 1782, 1785, 1788, 1790, 1792, 1795, 1798, 1800, 1802, 1805, 1808, 1810, 1812, 1815, 1818, 1820, 1822, 1825, 1828, 1830, 1832, 1835, 1838, 1840, 1842, 1845, 1848, 1850, 1852, 1855, 1858, 1860, 1862, 1865, 1868, 1870, 1872, 1875, 1878, 1880, 1882, 1885, 1888, 1890, 1892, 1895, 1898, 1900, 1902, 1905, 1908, 1910, 1912, 1915, 1918, 1920, 1922, 1925, 1928, 1930, 1932, 1935, 1938, 1940, 1942, 1945, 1948, 1950, 1952, 1955, 1958, 1960, 1962, 1965, 1968, 1970, 1972, 1975, 1978, 1980, 1982, 1985, 1988, 1990, 1992, 1995, 1998, 2000, 2002, 2005, 2008, 2010, 2012, 2015, 2018, 2020, 2022, 2025, 2028, 2030, 2032, 2035, 2038, 2040, 2042, 2045, 2048, 2050, 2052, 2055, 2058, 2060, 2062, 2065, 2068, 2070, 2072, 2075, 2078, 2080, 2082, 2085, 2088, 2090, 2092, 2095, 2098, 2100, 2102, 2105, 2108, 2110, 2112, 2115, 2118, 2120, 2122, 2125, 2128, 2130, 2132, 2135, 2138, 2140, 2142, 2145, 2148, 2150, 2152, 2155, 2158, 2160, 2162, 2165, 2168, 2170, 2172, 2175, 2178, 2180, 2182, 2185, 2188, 2190, 2192, 2195, 2198, 2200, 2202, 2205, 2208, 2210, 2212, 2215, 2218, 2220, 2222, 2225, 2228, 2230, 2232, 2235, 2238, 2240, 2242, 2245, 2248, 2250, 2252, 2255, 2258, 2260, 2262, 2265, 2268, 2270, 2272, 2275, 2278, 2280, 2282, 2285, 2288, 2290, 2292, 2295, 2298, 2300, 2302, 2305, 2308, 2310, 2312, 2315, 2318, 2320, 2322, 2325, 2328, 2330, 2332, 2335, 2338, 2340, 2342, 2345, 2348, 2350, 2352, 2355, 2358, 2360, 2362, 2365, 2368, 2370, 2372, 2375, 2378, 2380, 2382, 2385, 2388, 2390, 2392, 2395, 2398, 2400, 2402, 2405, 2408, 2410, 2412, 2415, 2418, 2420, 2422, 2425, 2428, 2430, 2432, 2435, 2438, 2440, 2442, 2445, 2448, 2450, 2452, 2455, 2458, 2460, 2462, 2465, 2468, 2470, 2472, 2475, 2478, 2480, 2482, 2485, 2488, 2490, 2492, 2495, 2498, 2500, 2502, 2505, 2508, 2510, 2512, 2515, 2518, 2520, 2522, 2525, 2528, 2530, 2532, 2535, 2538, 2540, 2542, 2545, 2548, 2550, 2552, 2555, 2558, 2560, 2562, 2565, 2568, 2570, 2572, 2575, 2578, 2580, 2582, 2585, 2588, 2590, 2592, 2595, 2598, 2600, 2602, 2605, 2608, 2610, 2612, 2615, 2618, 2620, 2622, 2625, 2628, 2630, 2632, 2635, 2638, 2640, 2642, 2645, 2648, 2650, 2652, 2655, 2658, 2660, 2662, 2665, 2668, 2670, 2672, 2675, 2678, 2680, 2682, 2685, 2688, 2690, 2692, 2695, 2698, 2700, 2702, 2705, 2708, 2710, 2712, 2715, 2718, 2720, 2722, 2725, 2728, 2730, 2732, 2735, 2738, 2740, 2742, 2745, 2748, 2750, 2752, 2755, 2758, 2760, 2762, 2765, 2768, 2770, 2772, 2775, 2778, 2780, 2782, 2785, 2788, 2790, 2792, 2795, 2798, 2800, 2802, 2805, 2808, 2810, 2812, 2815, 2818, 2820, 2822, 2825, 2828, 2830, 2832, 2835, 2838, 2840, 2842, 2845, 2848, 2850, 2852, 2855, 2858, 2860, 2862, 2865, 2868, 2870, 2872, 2875, 2878, 2880, 2882, 2885, 2888, 2890, 2892, 2895, 2898, 2900, 2902, 2905, 2908, 2910, 2912, 2915, 2918, 2920, 2922, 2925, 2928, 2930, 2932, 2935, 2938, 2940, 2942, 2945, 2948, 2950, 2952, 2955, 2958, 2960, 2962, 2965, 2968, 2970, 2972, 2975, 2978, 2980, 2982, 2985, 2988, 2990, 2992, 2995, 2998, 3000, 3002, 3005, 3008, 3010, 3012, 3015